

WK, 12.2.13

hrheit in ihrem Ulmer Wahl-
ls Kandidatin für die Bundes-
2. September nominiert, hat
trauen ihrer Partei. Warum
57-Jährige nicht noch einmal
zumal sie mit Angela Merkel
undschaft verbindet?

Dienst als Finanzminister, sagte den Sozial-
demokraten Adieu und wurde zur Symbolfi-
gur der Linkspartei. Die Reihe der Politi-
ker, die eine solche Achterbahnfahrt erlebt
haben, ist lang. Dem Grünen Cem Özdemir
wurden 2002 privat genutzte Bonusmeilen
zum Verhängnis, zwei Jahre später

Bußgang werde „sicherlich ein Hocnamt
folgen“, lautet seine Prognose. Parteienfor-
scher Peter Lösche schätzt die „Phase der
Läuterung“ auf „vier bis sechs Jahre“. See-
hofer selbst sah das zumindest unmittelbar
nach zu Guttenbergs Rücktritt genauso:
„Wir wollen ihn wiederhaben“.

risches Selbstbewusstsein ont Eigenständigkeit gegenüber CDU / Union gefährdet?

OBAS LANGENBACH

lin. Erst die Landtagswahl
mber, dann die Bundestags-
woche später – für die bayeri-
ht es in diesem Jahr um viel.
den anstehenden
n Profil zu zeigen,
zeitig aber auch
von der Schwester-
u entfernen. Denn
tt man zusammen
estagswahl an, ge-
erliert gemeinsam.
er hatte der bayeri-
erpräsident Horst
SU) Kanzlerin An-
(CDU) Harmonie
. Seine Partei
wie ein „schnurren-
n“ verhalten, kün-
Später kam aber die Klarstel-
wolle auch eigene Schwer-
en. Droht im Wahljahr 2013 Är-
en CDU und CSU? Konflikt-
jedenfalls vorhanden.
ispiel: Pkw-Maut. Bundesver-
er Peter Ramsauer (CSU) will
tzeinnahme unbedingt einfüh-
er selbst fordert sie ebenfalls.
Merkel hat eine Autogebühr
immer abgelehnt.
Punkt: Mütterrente. Die CSU
ten für Mütter erhöhen, die vor
992 Kinder bekommen haben.
ingszeiten sollen künftig genau
net werden wie die von jünge-
rn. Finanzminister Wolfgang
CDU) sieht für einen solchen



Peter Ramsauer

FOTO: DPA

Vorstoß derzeit keinen finanziellen Spiel-
raum. Der CDU-Haushaltspolitiker Axel Fi-
scher warnte bereits: „Das ginge zulasten
der jungen Generation.“

Auch bei der Lebensleistungsrente, mit
der Niedrigrenten aus Steuermitteln aufge-
stockt werden sollen, sind CSU
und CDU uneins. Die Christso-
zialen wollen nicht mitziehen.
Denn aufgestockt würde auf ein
Niveau knapp oberhalb der
Grundsicherung – die jedoch ist
regional verschieden. Deutlich
wird daraus, dass die Vermis-
chung von Versicherungs- und
Fürsorgeprinzip nicht funktio-
niert, folgert die CSU. Das
jüngste Vorhaben der Christso-
zialen ist, die Eigenheimzulage
wiederzubeleben. CDU-Politi-
ker Dirk Fischer, baupolitischer
Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfrak-
tion, reagierte: Er sehe keine Chance, dass
die die Zulage wiederkomme.

Ist die Union von CDU und CSU gefähr-
det? Nicht ernsthaft, sagt Gero Neuge-
bauer, Politikwissenschaftler am Otto-Suhr-
Institut der Freien Universität Berlin. „Im
Zweifel könnte die CDU mit der Gründung
eines eigenen bayerischen Landesver-
bands drohen.“ Dies reicht laut Neuge-
bauer für ein CSU-Einlenken oft aus. Das
bayerische Selbstbewusstsein komme in-
des aus der politischen Vergangenheit des
Freistaates: Damals habe der bayerische
Ministerpräsident Franz Josef Strauß gefor-
dert, die CSU müsse im Bund eine starke
Rolle spielen – ein bis heute nicht vergesse-
ner Anspruch.

Bündnis fordert 30-Stunden-Woche

„Weniger arbeiten ohne Lohneinbußen“

Berlin (wk). Eine 30-Stunden-Woche bei
vollem Lohnausgleich fordert ein breites
Bündnis aus Wissenschaftlern, Politikern,
Gewerkschaftern und Publizisten. Ange-
sichts der hohen Arbeitslosigkeit in Europa
soll damit die Debatte über kürzere Arbeits-
zeiten wieder in Gang gebracht werden.
„Ein Überangebot an den Arbeitsmärkten
führt zu Lohnverfall“, heißt es in einem offe-
nen Brief des Bündnisses an Parteispitzen,
Gewerkschaftsvorstände und Kirchen. Die
Unterzeichner verstehen ihr Projekt aus-
drücklich auch als deutsche Aufgabe. „Ne-
ben den offiziell etwas über drei Millionen
Arbeitslosen haben wir über drei Millionen
Teilzeitbeschäftigte, die im Schnitt 14,7
Stunden in der Woche arbeiten und denen
das nicht reicht“, sagte der Mitinitiator und
Wirtschaftsrechtler Heinz-Josef Bontrup
der „Tageszeitung“.

Zu den über 100 Erstunterzeichnern des
Schreibens gehören neben dem Bremer
Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel
und dem Soziologen Oskar Negt unter an-
derem auch die Chefin der Linkspartei,
Katja Kipping, sowie die Linke-Wirtschafts-
expertin Sahra Wagenknecht. „Notwendig
ist eine faire Verteilung der Arbeit durch
eine kollektive Arbeitszeitverkürzung“,
heißt es in dem Brief.

REDAKTION POLITIK
Telefon 0421 / 36 71 33 00
Fax 0421 / 36 71 10 05
Mail: politik@weser-kurier.de